

Links blinken und rechts abfahren

DIE LINKE verhöhnt Zwangsarbeiter und ihre Nachfahren



Das Mahnmahl für die Ermordeten Juden im Berliner Zentrum.
© michaelwnickel, pixelio.de

von Ulrike Sparr

Man kann sich politisch darüber streiten, ob es sinnvoll und zielführend ist, EmpfängerInnen von „Hartz IV“ in bestimmten Fällen zu Ein-Euro-Jobs zu verpflichten. Zumindest in der Durchführung gibt es auch aus Sicht der GAL durchaus Mängel im System. Aber eines darf man nicht: diese Menschen als „Zwangsarbeiter“ bezeichnen. Dies tut die Linke in Hamburg Nord in den letzten Wochen immer wieder in polemischer und für die Betroffenen verletzen-

der Weise.

Der Begriff „Zwangsarbeit“ ist eng mit den übelsten Diktaturen dieser Welt verbunden: Nationalsozialismus, Pinochet-Regime, Stalinismus. Dies wird auch von dem Abgeordneten der Linken, Josef Peine in einem Brief an den Vorsitzenden der Bezirksversammlung so dargestellt. Peine war vom Vorsitzenden in der Juni-Bezirksversammlung wegen der Verwendung des Begriffs gerügt worden.

Zwangsarbeit bedeutet, Menschen ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten und ihre Gesundheit mit harter körperlicher Arbeit rücksichtslos auszubeuten, sie in ihrer Freiheit einzuschränken oder sie ihnen ganz zu nehmen, ihnen lächerlich geringe oder gar keine Löhne zu zahlen. In Hamburg haben während des Zweiten Weltkriegs 63.500 Menschen Zwangsarbeit unter schrecklichsten Bedingungen leisten müssen: Kriegsgefangene, Verschleppte aus Osteuropa, unter falschen Versprechungen nach Deutschland Herangezogene, jüdische BürgerInnen der Stadt.

Mit einem Ein-Euro-Job besteht im-

merhin die Möglichkeit, sich die monatliche Unterstützung etwas aufzustocken und im besten Fall erwächst daraus die Möglichkeit, in einen regulären Job zu wechseln. Es gelten sämtliche sozialen Schutzrechte, Einschränkungen der persönlichen Freiheit, gar ein Leben unter Bewachung in Lagern, sind damit nicht verbunden.

Mit der Verwendung des Begriffs „Zwangsarbeit“ für Ein-Euro-Jobs relativieren Josef Peine und andere Vertreter der Linken diesen Begriff und arbeiten damit denen zu, die der Ansicht sind, unter der einen oder anderen Diktatur sei doch „alles nicht so schlimm“ gewesen.

Damit verhöhnen sie alle, die tatsächlich unter Zwangsarbeit gelitten haben und deren Nachkommen. Und sie stellen – vollkommen unhistorisch und faktisch falsch – die Empfängerinnen und Empfänger von „Hartz IV“ mit den Opfern des Faschismus und Stalinismus gleich.

Die GAL-Fraktion hält diese Wortwahl für historisch verfehlt und lehnt sie entschieden ab!



ZITIERT

Berckholtz war meine schlimmste Firma!

Morgens um 4 ½ Uhr fing es schon an, im Autobus, da musste ich schon immer aufstehen, weil ich ja als Jude keinen Anspruch hatte auf einen Sitzplatz; wenn man aus dem Auto stieg, bekam man von den Arbeitern schon eine gelangt. Zu meinem Arbeitsplatz war eine ganze Strecke zu laufen, denn uns Juden hat man ganz hinten in die äußere Ecke gesteckt, weil wir ja mit niemandem zusammen kommen sollten. Man hat mich oft tätlich angegriffen, mit Steinen beworfen, beschimpft mit Juden-Sau und Verbrecher, wir mussten unser Essen an einem Extra-Tisch einnehmen, denn die anderen Arbeiter

„Man stellte mich vor die Wahl, entweder Maschine oder Gestapo“

aßen alle später. Um 2 ½ Uhr war Schluss, man musste sich auch da wieder anschließen. Ich musste dort an allen schweren Stanzmaschinen arbeiten, trotzdem ich vom Arzt eine Attest hatte, dass ich nicht schwer heben und arbeiten darf. Man stellte mich vor die Wahl, entweder Maschine oder Gestapo, was blieb mir übrig. Auch musste ich im Winter, wenn der hohe Schnee lag nach Feierabend zu Fuß gehen, weil man uns im Auto nicht mit haben wollte; dort habe ich mir eine schwere Nieren- und Blasenentzündung weggeholt, wo ich heute noch mit zu tun habe. Man könnte noch vieles Hässliche erzählen.

Quelle: StaH 351-11 Amt f. Wiedergutmachung, Abl. 2008/1 090112 Grossmann, Wera

KONTROVERSE

Liebe Leserinnen, liebe Leser.

Eigentlich wollten wir uns erst im September mit einem neuen blattGRÜN melden, wegen der zusätzlichen Bezirksversammlung erscheint die Nummer drei nun schon im Juli. In der Bezirksversammlung ist eine Terminfrage leider zum Politikum geworden - ein Resultat der wechselnden Mehrheiten, mehr dazu auf Seite 2! Ich hoffe in Zukunft berichten wir nur noch über inhaltliche Kontroversen; denn diese gibt es zwischen den Parteien nach wie vor - auch in Nord!

Schöne Ferien!

Holger Koslowski



Holger Koslowski
Fraktionsvorsitzender

TERMINE

27.08.09, 18h gr. Sitzungssaal
Robert-Koch-Straße 17
Stadtentwicklungsausschuss

01.09.09 17.30h Raum 310
Hauptausschuss

02.09.09 18h gr. Sitzungssaal
Haushaltsausschuss

03.09.09 18h, gr. Sitzungssaal
Verkehrsausschuss

07.09.09, 18h Sitzungssaal Fuhlsbüttel
Regionalausschuss
Fuhlsbüttel-Langenhorn-Alsterdorf

07.09.09 18h Aula der Schule Winterhuder Weg. (Winterhuder Weg 126)
Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg

10.09.09 18h gr. Sitzungssaal
Bezirksversammlung

14.09.09, 18h gr. Sitzungssaal
Regionalausschuss
Eppendorf-Winterhude

15.09.09, 18h, gr. Sitzungssaal
Sozialraummanagement

Änderungen vorbehalten

Spende für Hinz & Kunzt

GALier Spenden Ihre Sitzungsgelder der Sondersitzung.

Eigentlich hatte die Bezirksversammlung in ihrer letzten ordentlichen Sitzung vor der Sommerpause am 11. Juni bereits eine Sondersitzung am ersten Ferientag mehrheitlich abgelehnt, ein entsprechender Antrag wurde von den Fraktionslosen eingebracht. Hierfür gab es auch keine inhaltliche Notwendigkeit, eine dringliche Entscheidung stand nicht an.

SPD, FDP, Linke und fraktionslose Abgeordnete beantragten dennoch eine Sondersitzung, diesmal nicht in der Bezirksversammlung sondern per Minderheitenrecht.

Da der Vorsitzende nicht für den erste Ferientag sondern für den 08.07. einlud, wurde dann sogar das Verwaltungsgericht – ohne Erfolg – bemüht, um einen anderen Termin zu erzwingen. Spätestens hier wird deutlich, dass es nicht um Inhalte geht; als das Thema das erste Mal im Hauptausschuss besprochen wurde, hatte übrigens selbst der SPD-Fraktionsvorsitzende eine Sitzung in den Ferien als nicht möglich angesehen.

Wenn mindestens 1/5 der Abgeordneten eine Einberufung einer Bezirks-

versammlung fordert, so findet diese auch statt. Ein derartiges Minderheitenrecht ist ein wichtiger Baustein parlamentarischer Demokratie. In diesem Fall gibt es aber nach wie vor keine dringliche Entscheidungslage, die eine Abweichung vom Terminplan rechtfertigt. Hier werden Steuergelder für eine Sondersitzung verschwendet, die für andere Projekte im Bezirk besser angelegt wären.

Eine Sitzung der Bezirksversammlung kostet den Steuerzahler bis zu 4137 EUR. Normalerweise gut angelegtes Geld für die Demokratie; wenn es denn Inhalte zu diskutieren gäbe. Aus diesem Grund haben sich die Fraktionsmitglieder der GAL und der CDU entschlossen, ihr Sitzungsgeld (483 €) an „Hinz & Kunzt“ zu spenden. Hamburgs größtes Beschäftigungsprojekt für Obdachlose möchte Wohnungslosen durch Hilfe zur Selbsthilfe wieder Chancen einräumen und eine Perspektive geben.

www.hinzundkunzt.de



Antje Brüggemann, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

VERKEHRSPOLITIK

Besser Radfahren

Der Verkehrsausschuss hat zwei Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs auf den Weg gebracht: Die Bezirksversammlung hatte Anfang des Jahres eine Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Fuhlsbüttel-Langenhorn-Alsterdorf beschlossen. An der Hindenburgstraße, Einmündung Alsterdorfer Straße (vor der Martin Luther King Gemeinde) soll der Radweg geradlinig zum Überweg geführt werden und die Fußgänger sollen einen eigenen Fußweg mit abgesenkten Bordsteinen erhalten: zur Zeit nutzen Rad und Fuß den schmalen Radweg. Der Verkehrsausschuss stellte nun eine Fehlbedarfsfinanzierung in Aussicht. Das Bezirksamt stimmt die Maßnahme jetzt mit der Fachbehörde und der Polizei ab und wird dann dem Ausschuss berichten.



Eine weitere Maßnahmen wurde in

den Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg überwiesen. Die GAL hatte angeregt die Kreuzung Drosselstraße / Steilshooper Straße so umzubauen, dass der Radverkehr die Drosselstraße Richtung Bramfelder Straße auf der Fahrbahn überqueren kann und erst auf der Gegenseite auf den Radweg auffährt. Zur Zeit muss man mit dem Rad zunächst auf der Straße fahren, dann auf den schmalen Radweg hochfahren und an der (Bettel-) Ampel Grün anfordern. Meinst fahren jetzt die Autos und man kam zu spät. Konsequenz: einen Umlauf warten! Nachdem man die Fußgängerampel überquert hat geht es eng und scharf links, dann scharf rechts und man hat die Überquerung geschafft. Etwas umständlich wo es doch auch direkt geht!

Der Regionalausschuss hat der Maßnahme mittlerweile einstimmig zugestimmt. Der Verkehrsausschuss berät jetzt noch über die Finanzierung. (Mb)

IMPRESSUM

BlattGRÜN ist ein Infoblatt der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Sie erscheint monatlich am Freitag nach der Bezirksversammlung.

☞ Bei Artikeln mit dem Mauszeiger sind die bezeichneten Informationen auf www.galnord.de abrufbar.

Herausgeberin:
GAL-Fraktion Hamburg-Nord
Holger Koslowski,
Fraktionsvorsitzender (ViSdP)
Redaktion: Martin Bill

Bussestraße 1
22299 Hamburg
Tel: (040) 511 79 19
Fax: (040) 51 22 28
fraktion@galnord.de
www.galnord.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD

